



Naters, 30.01.2019

Medienmitteilung: Nein zur Zersiedlungsinitiative

## Berggemeinden wollen keine weitere Unsicherheit in der Raumplanung

**Das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) lehnt die Zersiedlungsinitiative ab. Die Frustration in den Berggemeinden über die vielen Unsicherheiten in der Raumplanung ist gross. Auch wenn die Berggemeinden weniger vom Einfrieren der Bauzonen betroffen sind, müssen sie mit Rechtsunsicherheiten und Einschränkungen rechnen.**

Nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative und des neuen Raumplanungsgesetz versteht das Netzwerk der Oberwalliser Berggemeinden (NOB) die Unsicherheiten und Frustrationen der Bevölkerung. Mögliche hoffnungsreiche Schlussfolgerungen zur Zersiedlungsinitiative sind gemäss NOB aber zu kurz gegriffen. Das Anliegen, die Zersiedlung zu stoppen und einen Flächenhandel einzuführen, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Eine solche Initiative hilft aber nicht, die raumplanerischen Aufgaben zu bewältigen. Zumal in den meisten Berggemeinden die Belegung der sehr dichten Dorfzentren die grosse Herausforderung darstellt und nicht wie im Mittelland die Zersiedlung. «Auszonen müssen wir mit dem geltenden Raumplanungsgesetz sowieso», sagt der NOB-Vize-Vorsitzende Christian Pfammatter und warnt: «Dass ein Flächenhandel die Probleme für unsere Berggemeinden durch zusätzliche Einnahmen lösen kann, ist ein falsches Versprechen.» Ausserdem befürchten die Berggemeinden, dass durch die Zersiedlungsinitiative eine Rechtsunsicherheit entsteht und der eingeschlagene Weg zur Festlegung des Siedlungsgebiets in Frage gestellt wird. «Wird die Initiative angenommen, haben wir wieder ein Chaos, so wie bei der Zweitwohnungsinitiative», ergänzt Pfammatter. Deshalb setzt sich das NOB für ein Nein am 10. Februar 2019 ein.

### Kontakt

Christian Pfammatter | Vize-Vorsitzender NOB | 079 234 26 52  
[info@netzwerk-berggemeinden.ch](mailto:info@netzwerk-berggemeinden.ch)

*Das Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB) besteht seit Mai 2014. Mit Hilfe des Netzwerkes wollen 40 Berggemeinden ihre spezifischen Interessen besser vertreten können und den Austausch untereinander fördern. Vorsitzende ist Christine Clausen, Gemeindepräsidentin von Ernen.*